

18 Seiten

Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1994

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
11. WAHLPERIODE

VORLAGE
11/2636

Einzelplan 14 - Ministerium für Bauen und Wohnen -

- Drucksachen 11/5900 und 11/6322 -

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des
Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen

Beschlußempfehlung

Der Entwurf des Einzelplans 14 wird, soweit die Zuständigkeit des Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen gegeben ist, unverändert angenommen.

Bericht

Der Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen hat den Entwurf des Haushalts 1994 am 22. September, 20. Oktober und am 3. November 1993 beraten.

Die abschließende Sitzung fand am 24. November 1993 statt. Dabei wurde der Entwurf des Einzelplans 14, soweit die Zuständigkeit des Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen gegeben ist, unverändert mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Änderungsanträge wurden von der Fraktion der F.D.P. nicht gestellt. Der Sprecher wies darauf hin, seine Fraktion werde in einem Gesamtantrag eine qualifizierte Minderausgabe von 1 000 000 000 DM einfordern. Insoweit würden Einzelanträge nicht gestellt. Alle anderen Fraktionen brachten Änderungsanträge ein. Dabei bemerkte die Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, daß die Änderungsanträge im einzelnen auf einem Gesamthaushalt der Fraktion beruhten, so daß die im einzelnen geforderten Mittelaufstockungen sich durch Kürzung an anderen Stellen des Haushalts ausgleichen würden.

Die Änderungsanträge wurden im einzelnen beraten und abgestimmt. Dabei konnte kein Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine Mehrheit finden. Beschlossen wurden die von der SPD eingebrachten Anträge zum Haushalt im Bereich Wohnungs- und Städtebau. Im einzelnen war dies ein Antrag zu Artikel I § 6 des Haushaltsgesetzes auf Ausweitung des Absatzes 4 auch auf landeseigene Einfamilienhäuser und auf Umpositionierung der Haushaltsstelle für Freizeitinitiativen zwischen Arbeit und Ruhestand vom Bereich des Einzelplans 15 in den Bereich des Einzelplans 07.

Volkmar Schultz
Vorsitzender

Anlage

**Änderungsanträge der Fraktionen
im Ausschuß Städtebau und Wohnungswesen**

zum Einzelplan 14

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
1	CDU	<p>Kapitel 14 010 Titel 421 00 Titel 422 10 Titel 425 10 Titel 426 10 Titel der Obergruppen 52 bis 54</p> <p>Eingliederung des Ministeriums für Bauen und Wohnen in das Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr</p> <p>a) Streichung der Planstellen der Ministerin und des Staatssekretärs. b) Umschichtung von 70 Stellen innerhalb der Landesregierung. c) Entsprechende Reduzierung der Sachmittel und Miete.</p> <p>Begründung: Ein Ministerium mit rund 260 Stellen (ohne nachgeordneten Bereich) ist überflüssig, da die Trennung des ehemaligen MSVV in zwei Ministerien sachlich nicht zu vertreten ist. Eine Stärkung der Wohnungsbaupolitik ist durch die Einrichtung eines eigenständigen Ministeriums nicht eingetreten. Durch die Eingliederung der Wohnungsbauförderungsanstalt in die Westdeutsche Landesbank hat das Ministerium für Bauen und Wohnen weiter an Bedeutung verloren. Das Ministerium für Bauen und Wohnen wird daher dem Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr angegliedert. Eingespart werden die Kosten für die Bezüge der Ministerin und des Staatssekretärs und 70 weiterer Stellen sowie entsprechende Miet- und Sachkosten. Eingespart werden mindestens 14 Mio. DM.</p>	<p>Mit SPD gegen CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
2	CDU	<p>Kapitel 14 020 Titel 459 00</p> <p>Gewährung einer örtlichen Prämie</p> <p>Ersatzlose Streichung des Ansatzes von 80 000 DM</p> <p>Begründung:</p> <p>Die Notwendigkeit zur Gewährung einer örtlichen Prämie für die Verlegung des Wohnsitzes in dem Ballungsraum Düsseldorf, ist aufgrund der Haushaltslage und sachlichen Erwägungen nicht vertretbar.</p>	Mit SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen CDU bei Stimmhaltung der F.D.P. abgelehnt.
3	CDU	<p>Kapitel 14 020 Titel 531 10</p> <p>Öffentlichkeitsarbeit</p> <p>Kürzung des Ansatzes um 105 000 DM auf 105 000 DM.</p> <p>Begründung:</p> <p>Die Beschaffung von Informationsmaterial sowie die Unterrichtung der Bevölkerung über die Förderungsprogramme des Landes und über die Aufgabe und fachlichen Ziele des Ministeriums, sind mit der Hälfte der veranschlagten Mittel zu bewerkstelligen.</p>	Mit SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen CDU und F.D.P. abgelehnt.

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
4	CDU	<p>Kapitel 14 020 Titel 531 20</p> <p>Veröffentlichungen und Dokumentation.</p> <p>Kürzung des Ansatzes um 140 000 DM auf 140 000 DM.</p> <p>Begründung:</p> <p>siehe zu 3</p>	<p>Mit SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen CDU und F.D.P. abgelehnt.</p>
5	CDU	<p>Kapitel 14 020 Titel 541 00</p> <p>Aufwendungen für Ausstellungen und Messen.</p> <p>Kürzung des Ansatzes um 100 000 DM auf 50 000 DM.</p> <p>Begründung:</p> <p>siehe zu 3</p>	<p>Mit SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen CDU und F.D.P. abgelehnt.</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
6	CDU	<p>Kapitel 14 020 Titel 712 00</p> <p>Sanierung des Zechegebäudes der Zeche Rhein/Elbe in Gelsenkirchen zur Unterbringung der Fortbildungseinrichtung des Ministeriums für Bauen und Wohnen.</p> <p>Ersatzlose Streichung des Ansatzes von 500 000 DM.</p> <p>Begründung:</p> <p>Entsprechend der Haushaltslage des Landes Nordrhein-Westfalen, der zu erwartenden Folgekosten und im Vergleich zu anderen Ministerien, ist ein eigenes Fortbildungszentrum nicht zu rechtfertigen. Fortbildungsangebote und -einrichtungen sind in NRW ausreichend vorhanden.</p>	Mit SPD gegen CDU, F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.
7	CDU	<p>Kapitel 14 020 Titelgruppe 70</p> <p>Ausgaben für die Pflege auswärtiger Beziehungen.</p> <p>Kürzung der Ausgaben der Titelgruppe um 50 000 DM auf 100 000 DM.</p> <p>Begründung:</p> <p>Kürzung aufgrund der Haushaltslage.</p>	Mit SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen CDU bei Stimmhaltung der F.D.P. abgelehnt.

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
8	CDU	<p>Kapitel 14 040 Titel 121 00</p> <p>Gewinne aus Unternehmen und Beteiligungen.</p> <p>Erhöhung des Einnahmetitels um 8 000 000 DM auf 9 200 000 DM.</p> <p>Begründung:</p> <p>Das Land ist nach Titel 121 00 mit rund 230 Mio DM an verschiedenen Gesellschaften beteiligt. Die größte Beteiligung besteht bei der LEG Landesentwicklungsgesellschaft NRW GmbH, Düsseldorf. Eine Dividende wurde in Aussicht gestellt, bisher aber noch nicht testiert. Für 1994 muß sich die Beteiligung des Landes zumindestens mit 4 % verzinsen.</p>	<p>Mit SPD gegen CDU, F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
9	CDU	<p>Kapitel 14 040 Titelgruppe 70 Titel 526 70 Titel 531 70 Titel 536 70 Titel 685 70</p> <p>Für wissenschaftliche und experimentelle Untersuchungen auf den Gebieten des Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen.</p> <p>Kürzung der Ausgaben der Titelgruppe um 665 000 DM auf 1 000 000 DM.</p> <p>Begründung:</p> <p>Die Mittel dieser Titelgruppe sind insbesondere vorgesehen für Untersuchungen im Bereich des Wohnungsmarktes für experimentelles Bauen sowie für Energieeinsparung und Umweltschutz. Besonders die Untersuchung zur Forcierung des Wohnungsbaus in Nordrhein-Westfalen führen zu keinem Mehr an Wohnungen in NRW. Die Titelgruppe wird daher gekürzt.</p>	<p>Mit SPD, F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die CDU abgelehnt.</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
10	CDU	<p data-bbox="256 1086 288 1603">Kapitel 14 040 Titelgruppe 71</p> <p data-bbox="328 678 400 1603">Planungen und Wettbewerbe, Förderung von Innovationen im Bereich von Bauen und Wohnen.</p> <p data-bbox="440 651 512 1603">Kürzung des Ansatzes der Titelgruppe 71 um 850 000 DM auf 500 000 DM.</p> <p data-bbox="592 1395 624 1603">Begründung:</p> <p data-bbox="663 656 839 1603">Umfassende Untersuchungen und Modellvorhaben im Bereich des innovativen Wohnungsbaus sind in Nordrhein-Westfalen, der Bundesrepublik Deutschland und der EG durchgeführt worden. Es bedarf nun der Umsetzung und nicht weiterer Wettbewerbe.</p>	<p data-bbox="248 271 392 618">Mit SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen CDU und F.D.P. abgelehnt.</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
11	CDU	<p>Kapitel 14 050</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Betrifft Artikel I § 6 des Haushaltsgesetzes - siehe dort 2. Betrifft Einzelplan 20 - siehe dort 3. Neuausbringung des Titels 861 60 mit der Zweckbestimmung "Sonderdarlehensmittel für die Wohnungsbauförderungsanstalt" ohne Baransatz mit den Haushaltsvermerken: <ol style="list-style-type: none"> "1. Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei Kapitel 20 610 Titel 133 30 geleistet werden. 2. Die Mittel sind bestimmt für den revolvingierenden Einsatz ausschließlich im Rahmen des sogenannten dritten Förderweges." <p>Begründung:</p> <p>Die aktuelle schlechte Konjunkturlage greift auch auf den Bausektor über. Nach jüngsten Prognosen wird für das Jahr 1993 für Westdeutschland ein Rückgang des Bruttosozialprodukts von mindestens 1,5 % erwartet. In Zeiten sich abschwächender Konjunktur ist es Aufgabe des Staates, dieser Entwicklung entgegenzusteuern.</p>	Mit SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen CDU abgelehnt.

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
noch zu 11		<p>- Die Lage auf unserem Wohnungsmarkt: Nach Einschätzung der Fachleute wird in Nordrhein-Westfalen der Fehlbestand an Wohnungen auf etwa 400.000 geschätzt. Andere sprechen von 500.000. Zur Abdeckung dieses Defizits werden auf absehbare Zeit jährlich in NRW mehr als 100.000 neue Wohnungen benötigt. 1994 sollen nach den Plänen der Landesregierung nur rund 30.000 Wohnungen gefördert werden. Dies reicht nicht aus.</p> <p>- Das Land Nordrhein-Westfalen ist am Nennkapital der WestLB in Höhe von rund 2,3 Mrd. DM mit knapp einer Milliarde DM, d.h. mit rund 43 % beteiligt. Bei vorsichtiger Betrachtungsweise - die stillen Reserven des Anlagevermögens werden hierbei auf rund 30 % geschätzt - kann der Wert der WestLB (ohne Wohnungsbauförderungsanstalt) mit rund 7 Mrd. DM angenommen werden und beträgt damit etwa das Dreifache des eingezahlten Nennkapitals.</p> <p>Auf der Grundlage dieser Fakten wird ein Sonderwohnungsbauprogramm für Nordrhein-Westfalen mit einem Volumen von über einer Milliarde DM und folgenden Einzelheiten aufgelegt:</p> <p>a) Das Land veräußert 18 Prozentpunkte seiner 43 Prozentbeteiligung an der WestLB zu einem Preis von mindestens 1,25 Mrd. DM. Das Land selbst behält eine Beteiligung von mindestens 25,1 % (Sperrminorität), um seinen Einfluß auf die WestLB als Staatsbank geltend machen zu können.</p> <p>b) Der Veräußerungserlös wird ausschließlich zur Förderung des Wohnungsbaus, und zwar ausschließlich im Wege der vereinbarten Förderung - hier wiederum revolvierend ausschließlich im Wege der Darlehensgewährung, d.h.</p>	

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
noch zu 11		<p>keine Zuschußgewährung - eingesetzt. Der Darlehns- höchstbetrag für die einzelne Wohnung wird auf 50.000 DM begrenzt; einzelne Kriterien - wie z.B. Bindungsfri- sten, Zins- und Tilgungsleistung - sind noch festzuset- zen.</p> <p>Mit den Mitteln von 1,25 Mrd. DM können also 25.000 Wohneinheiten gefördert werden. In diesem Zusammen- hang ist an die bekannte CDU-Forderung zu erinnern, die vorhandenen Wohnungsbaumittel effektiver einzusetzen, und zwar im wesentlichen über die Eröffnung des soge- nannten Dritten Förderweges - auch für Eigentums- maßnahmen über den sozialen Wohnungsbau hinaus zur Erhöhung der im Verhältnis zu anderen Bundesländern zu geringen Eigentumsquote in NRW -, vorzeitige Ablösung (Rückzahlung von Darlehen) und Erhöhung der Fehlbele- gerabgabe mit der Folge, daß weitere 25.000 zusätzliche Wohneinheiten gefördert werden können. Einschließlich des Sonderwohnungsbauprogramms für Nordrhein-West- falen könnten dann in Nordrhein-Westfalen anstelle der vorgesehenen 30.000 Wohneinheiten insgesamt 80.000 Wohneinheiten, d.h. 50.000 zusätzliche subventioniert werden.</p> <p>Kennzeichnend für dieses Sonderwohnungsbauprogramm ist, daß</p> <ul style="list-style-type: none"> - das Vermögen des Landes umgeschichtet wird (bisher Kapitalanteile des Landes an der WestLB, danach Forderungen des Landes gegen die WestLB-Wohnungsbauförderungsanstalt), - der Kapitalmarkt durch das Land nicht belastet wird, weil keine neuen Schulden aufgenommen werden, - der zusätzliche Wohnungsbau konjunkturbelebend wirkt. 	

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
12	GRÜNE	<p>Kapitel 14 050</p> <p>Die Erläuterungen bei Titelgruppe 61 zu den Titeln 883 61 und 891 61 sind um folgenden Absatz zu ergänzen: "Zuweisungen des Aufkommens aus der Fehlbelegungsabgabe zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus"</p> <p>Gleichzeitig sind diese Erläuterungen verbindlich zu stellen.</p> <p>Begründung:</p> <p>Der Wegfall von preiswertem Wohnraum durch das Auslaufen von Bindungen kann dadurch teilweise aufgefangen werden.</p>	<p>Mit SPD und CDU gegen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
13	GRÜNE	<p>Kapitel 14 050</p> <p>Schaffung eines neuen Titels "Sofortprogramm zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit" mit einem Baransatz von 55 000 000 DM.</p> <p>Der Ansatz soll auf folgende Maßnahmen aufgeteilt werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Sanierung von Schlicht- und Einfachstwohnungen 20 000 000 DM - Bau von Wohnungen für Obdachlose nach dem 2-Stufen-Modell des AussiedlerInnenprogramms 30 000 000 DM - Anschubförderung für die Träger sozialer Arbeit für die Schaffung von Wohnraum für ihre Klientel 5 000 000 DM <p>Die Positionen sind gegenseitig deckungsfähig zu stellen.</p> <p>Begründung:</p> <p>Obdachlosigkeit, die lange Zeit als überwunden galt, ist wieder im Vormarsch. Rund 60 000 Menschen sind in NRW offiziell obdachlos gemeldet. Die Tendenz ist steigend. Der Anteil der Frauen, Kinder und Familien nimmt überdurchschnittlich zu. Es handelt sich nicht mehr vorwiegend um die Obdachlosigkeit alleinstehender Wohnungs- und Arbeitsloser. Hinzu kommt, daß die Verweildauer in psychiatrischen Kliniken, heilpädagogischen Heimen, Erziehungsheimen und Frauenhäusern viel länger ist, als sachlich notwendig. Das behindert die Arbeit in diesen Einrichtungen und die Entwicklung zur Selbständigkeit der Klientinnen und Klienten unverantwortlich.</p> <p>Diese Situation macht ein Sofortprogramm notwendig.</p>	<p>Mit SPD und CDU gegen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
noch zu 13		<p>Entsprechende Anforderungen liegen uns vor aus der Stadt Bielefeld, von den Wohlfahrtsverbänden und den Leitern der Wohnungsämter in NRW.</p> <p>BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat ein solches Programm bereits im September 1992 mit dem Antrag "Obdachlosigkeit in NRW bekämpfen" - Drs. 11/4292 - gefordert. Bis heute hat die daraufhin eingerichtete interministerielle Arbeitsgruppe keine Vorschläge zur Umsetzung auf den Tisch gelegt. Das hier vorgeschlagene Sofortprogramm wird ergänzt durch Maßnahmen für Frauen und junge Erwachsene, da für diese jegliche Infrastruktur fehlt.</p> <p>Die Titel sind im Haushalt des MAGS zu finden.</p>	
14	GRÜNE	<p>Kapitel 14 050</p> <p>Einrichtung eines neuen Titels "Ausbau von Wohnungen für Asylbewerberinnen und Asylbewerber zu Wohnungen des sozialen Wohnungsbaus" mit einem Baransatz von 20 000 000 DM.</p> <p>Begründung:</p> <p>Entsprechend dem Programm für den Bau von Wohnungen und Wohnheimen für Aussiedlerinnen und Asylbewerber dient dieses Programm dazu, Wohnungen für Asylbewerberinnen und Asylbewerber nach einer Übergangsfrist an den Standard des sozialen Wohnungsbaus anzupassen. Die erste Phase wird vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales übernommen. In der zweiten Phase finanziert das MBW die notwendigen Renovierungen und Standardanpassungen.</p>	Mit SPD und CDU gegen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
15	GRÜNE	<p data-bbox="240 1361 272 1585">Kapitel 14 050</p> <p data-bbox="316 663 421 1585">Einrichtung eines neuen Titels "Wohnungspolitischer Interventionsfonds für Kommunen und Kommunalverbände" mit einem Baransatz von 230 000 000 DM.</p> <p data-bbox="504 1395 536 1585">Begründung:</p> <p data-bbox="576 674 681 1585">Die gegenwärtige Wohnunsnot ist nicht allein durch den Neubau von Wohnungen zu lösen. Hinzu kommen müssen Strategien zum Auffangen der Verluste im Bestand.</p> <p data-bbox="721 663 1050 1585">Mit dem Interventionsfonds sollen die Kommunen und Kommunalen Verbände in die finanzielle Lage versetzt werden, Bindungen und spekulationsbedrohten und bisher von alliierten Streitkräften genutzte Wohnungen aufzukaufen und Vorkaufrecht bei der Anwendung von Erhaltungs- und Milieuschutz--Satzungen anzuwenden. Investorinnen und Investoren, die nachweisen, daß sie 25 % ihrer Wohnungsbestände an "schwervermittelbare" Personengruppen vergeben, erhalten die Mittel vorrangig.</p>	<p data-bbox="240 275 379 611">Mit SPD und CDU gegen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
16	GRÜNE	<p>Kapitel 14 050</p> <p>Ausbringung eines neuen Titels "Energiesparprogramm für den Wohnungsbestand" mit einem Baransatz von 30 000 000 DM.</p> <p>Begründung:</p> <p>Die neue Wärmeschutzverordnung stellt im Bestand - allerdings nur bei Um- und Ausbaumaßnahmen - erhöhte Anforderungen an die Wärmedämmung und Energienutzung. Da gerade im Bestand erhebliche Potentiale zur Energieeinsparung bestehen, soll dieses Programm finanzielle Anreize schaffen, Wärmedämm- und Energieeinsparungsmaßnahmen im Wohnungsbestand beschleunigt umzusetzen.</p>	<p>Mit SPD und CDU gegen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.</p>
17	GRÜNE	<p>Kapitel 14 050</p> <p>Einrichtung eines neuen Titels "Behindertengerechte Modernisierung" mit einem Baransatz von 20 000 000 DM.</p> <p>Begründung:</p> <p>Eine Anpassung der Anzahl behindertengerechter Wohnungen an den tatsächlichen Bedarf kann nicht allein durch Neubau-maßnahmen realisiert werden. Gerade im Bestand besteht ein enormer Nachholbedarf. Das Programm soll finanzielle Anreize für Investorinnen und Investoren schaffen.</p>	<p>Mit SPD und CDU gegen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
18	GRÜNE	<p>Kapitel 14 070</p> <p>Pauschale Kürzungen der Ausgaben für die Staatliche Bauverwaltung um 45 000 000 DM.</p> <p>Begründung:</p> <p>Allgemeine Finanzsituation.</p>	<p>Mit SPD und CDU gegen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.</p>
19	CDU	<p>Kapitel 14 070 Titelgruppe 60</p> <p>Bei den Angelegenheiten der automatisierten Datenverarbeitung sollen 5 710 000 DM gekürzt werden, so daß sich ein neuer Ansatz von 26 500 000 DM ergibt.</p> <p>Begründung:</p> <p>Aufgrund der Haushaltslage sind Ausgaben im Bereich der automatisierten Datenverarbeitung entsprechend zeitlich zu dehnen.</p>	<p>Mit SPD gegen CDU bei Stimmenthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.</p>